



CDU billigt Koalitionsvertrag

Terroranschlag lückenlos aufklären – Schlussfolgerungen ziehen

Die CDU hat den Koalitionsvertrag mit CSU und SPD zu Beginn dieser Woche mit großer Mehrheit gebilligt. Mit dieser Zustimmung haben wir unsere „Hausaufgaben“ erledigt. Nun ist die SPD am Zug.

In der Welt, die sich durch die Digitalisierung sowie die europa- und außenpolitischen Herausforderungen immer schneller verändert, ist es dringend nötig, dass wir unsere Antworten jetzt endlich in praktische Politik umsetzen können. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause soll im Bundestag das Baukindergeld verabschiedet werden. Wir wollen damit rasch ein Signal an junge Familien geben. Außerdem wird die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär schutzbedürftige Asylbewerber Ende Juli verlängert - einen Punkt, den Union und SPD schon Anfang des Jahres verabredet hatten. Danach wird es ein Nachzugsrecht für nahe Angehörige dieser Gruppe von Asylbewerbern nur noch in eng begrenztem Umfang geben. Mehr Geld soll es dagegen für die Bundeswehr geben, sobald es Spielräume im Haushalt erlauben. Die SPD vertritt hier keine glaubwürdige Position, weil sie einerseits die mangelhafte Ausrüstung der Bundeswehr beklagt, andererseits aber nicht bereit ist, mehr Geld dafür zur Verfügung zu stellen. Das entspricht nicht unserem Verständnis von verantwortungsvoller Politik.

Wann immer die Union die Bundesregierung führte, waren die Perspektiven für unser Land gut und der wirtschaftliche Erfolg gesichert. In den letzten drei Legislaturperioden haben wir bewiesen, dass Deutschland, seine Bürger, seine Unternehmen, seine Vereine, Wissenschaft und Kultur viel leisten können. Wir wollen mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin den Weg der behutsamen Erneuerung und des wirtschaftlichen Erfolgs weitergehen. Dort, wo noch Defizite bestehen oder die Bürger sich

sorgen, etwa im Bereich der Digitalisierung oder bei der Handlungsfähigkeit des Staates, werden wir kraftvoll ansetzen und Deutschland voranbringen. Unser Land ist ein Land der Chancen und der Ideen. Wir werden dieses Potential, um das uns die Welt beneidet, erhalten und ausbauen.

Seit dem islamistischen Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz ist über ein Jahr vergangen. Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir besser aufklären, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte. Ziel des ersten Untersuchungsausschusses dieser Wahlperiode ist es, aus den Erkenntnissen weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Asyl- und Aufenthaltsrecht samt seinem Vollzug zu ziehen. Der Untersuchungsausschuss soll auch Empfehlungen für die Unterstützung von Hinterbliebenen und Opfern solcher Anschläge abgeben.

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat für uns höchste Priorität. Es gilt, kriminelle und terroristische Taten in unserem Land mit allen Mitteln zu verhindern. Hierfür müssen wir die Handlungsfähigkeit unseres Staates fortwährend an aktuelle Anforderungen anpassen. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass die Sicherheitsbehörden gleichwertige Befugnisse im Internet wie außerhalb des Internets brauchen. Auch die Kommunikation von Kriminellen und Terroristen erfolgt kaum mehr über das klassische Telefon. Die Befugnisse der Ermittler müssen damit einhergehen. Mit der Möglichkeit, Doppelstaatlern die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn sie für eine Terrormiliz im Ausland gekämpft haben, haben wir eine weitere Unionsforderung im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Auch wurde vereinbart, die Sicherheitsbehörden mit deutlich

mehr Personal auszustatten - allein der Bund wird zusätzlich 7.500 neue Stellen schaffen. Deutschland wird damit wehrhafter und stärker, um Kriminalität und Terror zu bekämpfen.

Designierte Minister

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat den Burgwedeler CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Hendrik Hoppenstedt zum Staatsminister bei der Bundeskanzlerin nominiert.



Der Abgeordnete freut sich auf die neuen Aufgaben, die ihn im Falle eines positiven Ausgangs der SPD-Mitgliederbefragung erwarten. „Auch wenn ich mich sehr geehrt fühle, von der Bundeskanzlerin gefragt worden zu sein, war ich überrascht, als mich Frau Merkel anrief“, gab Hoppenstedt zu.

„Ich gehe mit großem Respekt und etwas Demut, aber auch sehr positiver Erwartung an die Aufgabe heran.“

Mit Blick auf das neue Aufgabenfeld erklärte Hoppenstedt, dass sein Hauptaugenmerk darauf liegen werde, die Kontakte vom Bundeskanzleramt zu den Bundesländern und auch zum Bundestag zu halten. „Dazu kommt der Abbau von Bürokratie, das ist mir ein wichtiges Anliegen“, so der Abgeordnete weiter. Es bleibe jedoch das Ergebnis des SPD-Mitgliedervotums abzuwarten. Im Hinblick auf den Wahlkreis, den er am 24.9.17 wieder direkt gewonnen hatte, sagte Hoppenstedt: „Es ist zwar klar, dass ich weniger Zeit zuhause verbringen kann als bislang. Aber so oft es geht, werde ich vor Ort sein und freue mich auf die Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses schönen Wahlkreises.“



Auch Dr. Ursula von der Leyen soll nach dem Wunsch von der Bundeskanzlerin Mitglied im Kabinett bleiben und ihre gute Arbeit als Bundesministerin der Verteidigung fortsetzen. (Foto: Jan Kopetzky)

Mit einer Benennung der Parlamentarischen Staatssekretäre in den Ministerien des Bundes wird erst nach Bekanntgabe des Ergebnisses des Mitgliedervotums der SPD gerechnet.

Die Woche im Parlament

Zum Internationalen Weltfrauentag am 8. März 2018. Anlässlich des Internationalen Weltfrauentages fand in dieser Woche eine vereinbarte Debatte statt. Wir haben im Koalitionsvertrag die Weichen dafür gestellt, dass wir bei der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern weiter vorankommen.

Einsetzung des 1. Untersuchungsausschusses. Auf Initiative unserer Fraktion stimmten wir der Einsetzung eines ersten Untersuchungsausschusses zu. Er soll das Handeln der zuständigen Behörden vor dem Attentat am 19. Dezember 2016 auf dem Breitscheidplatz in Berlin gerade im Hinblick auf den Attentäter Amri und sein Umfeld aufklären. Ferner soll der Untersuchungsausschuss Empfehlungen für die künftige Arbeit von Behörden aber auch für die Betreuung von Hinterbliebenen und Opfern geben.

Einsetzung mehrerer Gremien und Wahlen ihrer Mitglieder. Auf Grundlage fraktionsübergreifender Anträge setzten wir verschiedene Gremien zur Kontrolle bzw. Begleitung bestimmter Bereiche der Regierungsarbeit ein und wählen deren Mitglieder. Diese Gremien sind wichtiger Bestandteil der Parlamentsarbeit. Wir setzen etwa das Vertrauensgremium nach der Bundeshaushaltsordnung ein, dem der Deutsche Bundestag die Bewilligung von Ausgaben übertragen kann, die der Geheimhaltung unterliegen. Ebenfalls eingesetzt wird das Sondergremium im Sinne des Stabilisierungsmechanismusgesetzes, welches die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages im Rahmen des Europäischen Stabilisierungsmechanismus wahrnimmt. Weiterhin wählen wir Mitglieder für im Grundgesetz vorgesehene Gremien: für den Gemeinsamen Ausschuss gemäß Art. 53a GG, der im Verteidigungsfall relevant wird, sowie für den Ausschuss nach Art. 13 Abs. 6 GG, der auf Grundlage der Berichte der Bundesregierung zur akustischen Wohnraumüberwachung die parlamentarische Kontrolle in diesem Bereich ausübt. Schließlich wählen wir Mitglieder für den Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschuss Europol, denn Art. 88 Abs. 2 AEUV sieht vor, dass die nationalen Parlamente an der Kontrolle Europs durch das Europäische Parlament beteiligt werden.

Den INF-Vertrag als Grundpfeiler atomarer Sicherheitsarchitektur und Kernelement euro-

päischer Sicherheit erhalten. Mit diesem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich für die Bewahrung des „Intermediate Range Nuclear Forces Treaty“ einzusetzen. Der seit 1987 zwischen den USA und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bestehende Vertrag verpflichtet die Vertragsparteien zur vollständigen Abschaffung aller landgestützten Mittelstreckenraketen (Reichweite zwischen 500 und 5.500 km). Für die atomare Sicherheitsarchitektur und die europäische Sicherheit ist er von erheblicher Bedeutung. Angesichts von Hinweisen auf russische Tests von Mittelstreckenraketen setzt sich Deutschland für den Erhalt des INF-Vertrages und der Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur ein. Der Gefahr eines neuen nuklearen Wettrüstens auf dem europäischen Kontinent stellen wir uns damit entgegen.

Matthias Claudius Gymnasium aus Gehrden in Berlin

Gleich zwei Besuchergruppen des Matthias Claudius Gymnasiums in Gehrden waren in den beiden Februar-Sitzungswochen meine Gäste.



Mit den Schülerinnen und Schülern des Politik-Leistungskurses des elften Jahrgangs habe ich nicht nur über die verschiedenen Szenarien der andauernden Regierungsbildung und den momentanen Zustand der Parteienlandschaft diskutiert. Auch beim Thema Landwirtschaft, speziell über den Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat, bewiesen die Schülerinnen und Schüler im Gespräch außerordentliche Fachkenntnis zu diesem Thema.

Zum wiederholten Mal waren auch die Theater-schauspieler des „MCG“ zu Besuch im Deutschen Bundestag. Damit folgten sie nach der Theateraufführung des Stücks „Kill III – Der Be-

such der alten Dame“ im Sommer 2017 einer gemeinsamen Gegeneinladung des Kollegen Matthias Mierschs und mir.



Daten und Fakten

China bleibt Deutschlands wichtigster Handelspartner. Wie bereits 2016 war die Volksrepublik China auch im vergangenen Jahr der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Der Außenhandelsumsatz zwischen beiden Ländern, also die Summe aus Im- und Exporten, belief sich 2017 nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes auf 186,6 Mrd. Euro. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Niederlande und die Vereinigten Staaten mit gehandelten Waren im Wert von je 177,3 Mrd. und 172,6 Mrd. Euro. Noch vor zehn Jahren führten Frankreich, die Niederlande und die Vereinigten Staaten die Liste der wichtigsten deutschen Handelspartner an. Während Frankreich von 1975 bis 2014 stets wichtigster Handelspartner der Bundesrepublik gewesen war, rutschte unser Nachbarland von Rang zwei 2016 nunmehr auf den vierten Platz. Die meisten deutschen Exporte gingen im Jahr 2017 in die Vereinigten Staaten. Die meisten Waren importierte Deutschland wiederum aus China. *(Quelle: Statistisches Bundesamt)*



Dr. Maria Flachsbarth, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 7 46 66
Fax: (030) 227 7 66 66
www.flachsbarth.info